

Initiative will Schießbetrieb beenden

Nach Urteil noch nicht alle Ziele erreicht

Groß Vollstedt – Die Bürgerinitiative „Naturpark ohne Schießlärm“ macht weiter: Trotz des jüngsten Urteils des Obergerichtes Schleswig, das, wie berichtet, eine so genannte Privilegierung der Freiluft-Schießanlage abgelehnt hat, sieht die Bürgerinitiative noch nicht alle ihre Ziele erreicht.

Von Klaas Hartmann

„Zunächst warten wir die schriftliche Begründung des Urteils ab“, sagte der Vorsitzende der Initiative, Eckard Helmbold. Mit Zustellung dieser Begründung beginne die Vier-Wochen-Frist bis zur Rechtskraft des Urteils. „Wir rechnen nicht wirklich mit einer Fortsetzung des Verfahrens“, sagte Helmbold. Das Gericht hat eine Revision nicht zugelassen. Einzige Möglichkeit für den Betreiber des Schießplatzes sei, mit einer Nichtzulassungsklage gegen den Revisions-Ausschluss vorzugehen. „Unser Anwalt hat uns aber gesagt, dass solch eine Klage eine Aussicht auf Erfolg von ein bis zwei Prozent hätte“, so Helmbold.

Ein Investor hatte ein Schießsportzentrum zwischen Warder, Groß Vollstedt und Blocksdorf (Gemeinde Langwedel) geplant. Das Gelände liegt außerhalb der Dorflage an der Fuhlenau. Auf der bestehenden Anlage

wird seit Jahrzehnten auf Tontauben geschossen. Der Ausbau der Anlage war nach Landesbaurecht als „privilegiertes“ Vorhaben im Außenbereich beantragt worden. Doch vor allem Anwohner aus Groß Vollstedt fühlen sich von der Ballerei genervt.

Mit dem aktuellen juristischen Erfolg ist die Arbeit der Bürgerinitiative dann auch nicht beendet. „Wir wollen auch die bereits bestehende Freiluft-Anlage stillgelegt und das Gelände saniert wissen“, betonte der Vorsitzende der Bürgerinitiative. Neben der Lärmbelästigung durch Schüsse gebe es die Belastung des Bodens durch den Schießbetrieb: „Dass dort Blei liegt, ist unstrittig“, so Helmbold.

Die Bürgerinitiative warte nun auf die Ergebnisse eines Bodengutachtens, das im zweiten Quartal veröffentlicht werden solle. „Wir rechnen allerdings erst nach den Kommunalwahlen damit.“ Das mit dem Gutachten beauftragte Büro genieße einen hervorragenden Ruf. Es komme vor allem darauf an, wie die Gefahrenabschätzung der Behörden aussehe, wenn die Werte vorliegen. „Die Moral in der Bürgerinitiative ist ungebrochen hoch“, sagte Helmbold. Mittlerweile sei die Zahl der Mitglieder auf 169 gestiegen. Und die Wiederwahl des Vorstands bei der Jahresversammlung verspreche Kontinuität in der Arbeit der Initiative.